

# Montenegro

Sebastian Schäffer

Eigentlich hätten der montenegrinische Präsident Milo Đukanović und seine seit 30 Jahren regierende Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) beste Voraussetzungen, um die Macht für sich und seinen Clan auch nach den im Herbst 2020 anstehenden Parlamentswahlen weiter auszubauen. Die Opposition ist fragmentiert und zerstritten, der kleine Adriastaat ist weiterhin aussichtsreichster Kandidat auf einen EU-Beitritt und auch wenn sich das Wirtschaftswachstum 2019 verlangsamte, lag es mit 3,1 Prozent über dem globalen Durchschnitt und war doppelt so groß wie das der 27 EU-Staaten. Allerdings konnte nicht wie erhofft das letzte Beitrittskapitel eröffnet werden, was aber auch durch die nicht reibungslose Besetzung des Erweiterungsportfolios der Europäischen Kommission und dem damit verbundenen verspäteten Amtsantritt von Ursula von der Leyen und ihrem Kollegium zum 1. Dezember 2019 zu sehen ist. Die grundsätzliche Diskussion über die EU-Erweiterungsstrategie, ausgelöst durch die Blockade der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien durch den französischen Präsidenten, dürfte ebenfalls dazu beigetragen haben.<sup>1</sup> Mit Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Kroatien zum Jahresbeginn 2020 wären Fortschritte im Hinblick auf eine Mitgliedschaft zu erwarten gewesen. Der neueste Mitgliedstaat hatte dies explizit in das Programm aufgenommen und auch selbst einen verlängerten Beitrittsprozess unter anderem bedingt durch EU-interne Herausforderungen durchlaufen. Mit Ausbruch der Covid-19-Pandemie verschoben sich erneut die Prioritäten, nicht nur in Europa, sondern weltweit.

## **Wirtschaftseinbruch, geringe Fortschritte zur EU-Mitgliedschaft, Opposition**

Während man Đukanović und der DPS für diese externen Faktoren keine Vorwürfe machen kann, ist die Regierung aber durchaus für die geringen Anstrengungen im Hinblick auf wirtschaftliche Maßnahmen sowie weiterhin dringend notwendige Reformen für einen EU-Beitritt zu kritisieren. Die Weltbank prognostiziert einen Rückgang des montenegrinischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5,6 Prozent, die Zentralbank in Podgorica veröffentlichte einen Einbruch der Einnahmen des Budgets um fast 25 Prozent im April 2020 im Vergleich zum Vorjahr. Während andere Staaten des Westlichen Balkans teilweise substanzielle Anstrengungen zur Unterstützung der Wirtschaft sowie zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie unternommen haben, sind die Maßnahmen von Seiten Podgoricas vergleichsweise gering. So gab es eine Einmalzahlung von 50 Euro für die EmpfängerInnen von Sozialhilfe sowie BezieherInnen der niedrigsten Rentensätze. Zudem wurden die Fristen zur Zahlung der Lohnsteuer und von Bezügen verlängert.<sup>2</sup> Da der Tourismus einen wichtigen Teil des BIP in Montenegro ausmacht, wurde medienwirksam versucht, als attraktive Urlaubsdestination für den Sommer zu gelten. Bereits Ende Mai erklärte Premierminister Duško Marković als erstes Land in Europa das Virus für besiegt. Zuvor hatte es seit Wochen keine Neuinfektionen gegeben. Insgesamt gab es in

---

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

2 European Western Balkans: Economy against Covid-19, abrufbar unter: <https://europeanwesternbalkans.com/2020/06/08/economy-against-covid-19/> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

dem 600.000 Einwohnerstaat nur 324 Infizierte sowie neun Todesfälle. Anfang Juni 2020 wurden die Grenzen wieder geöffnet, allerdings nicht für das Nachbarland Serbien. Neben der offiziellen Begründung der dort weiterhin hohen Fallzahlen dürften hier die sich kontinuierlich verschlechternden Beziehungen seit der Unabhängigkeit Montenegros von Belgrad 2006 eine Rolle spielen. Podgorica sieht eine zunehmende Einmischung der serbischen Regierung in innenpolitische Angelegenheiten und ist weiterhin davon überzeugt, dass der versuchte Putsch während der Parlamentswahlen 2016 auch von serbischer Seite unterstützt worden war. Belgrad hat hingegen nicht vergessen, dass Montenegro als eines der ersten Länder 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt hat. Ein weiterer Faktor für die Belastung der Beziehungen ist ein kurz vor Weihnachten verabschiedetes neues Religionsgesetz, das einen Nachweis von Kirchen erfordert, der bestätigt, dass deren Grundstücke bereits vor 1918 in deren Besitz waren. Insbesondere die serbisch-orthodoxe Kirche, die dem Patriarchat in Belgrad unterstellt ist, befürchtet eine Beschlagnahme der Besitztümer durch die montenegrinische Regierung. Interkonfessionelle Proteste waren die Folge. Inzwischen stellt sich auch die Opposition an die Seite der Demonstrierenden. Zwar wurden die regelmäßigen Kundgebungen im März 2020 unterbrochen, sind aber inzwischen wieder aufgenommen worden.

Mit Blick auf die Kopenhagener Kriterien bleiben Korruption und der wenig engagierte Kampf gegen das organisierte Verbrechen die drängendsten Herausforderungen. Es konnten auch keine neuen Kapitel eröffnet (weiterhin 32 von 35) oder vorläufig abgeschlossen (weiterhin 3) werden. Dennoch konnten Fortschritte in den Beziehungen zur EU erzielt werden, die unabhängig vom Beitrittsprozess sind. So wurde ein Abkommen mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache geschlossen, das zum 1. Juli 2020 in Kraft tritt. Dieses erlaubt der Agentur Unterstützung im Grenzmanagement sowie gemeinsame Einsätze zur Bekämpfung von illegaler Immigration und grenzüberschreitender Kriminalität. Das Abkommen wurde auch mit Serbien geschlossen, bedarf aber noch der Ratifikation durch Belgrad. Mit Albanien besteht bereits seit 2019 ein solches Übereinkommen, mit Nordmazedonien sowie Bosnien- und Herzegowina wurde ein ähnlicher Prozess im Juli 2018 beziehungsweise Januar 2019 initiiert.

### **Ausblick**

Die Parlamentswahlen sollen Anfang September 2020 abgehalten werden, Đukanović hatte alle Parteien zu Konsultationen aufgerufen. Zuvor soll noch ein neues Wahlgesetz verabschiedet werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich ein breites Oppositionsbündnis finden wird, um eine echte Herausforderung für die DPS darstellen zu können. Die Regierung hatte Mitte Mai 2020 einen Bischof und acht Priester mit der Begründung verhaftet, gegen das damals aufgrund der Pandemie geltende Versammlungsverbot zu verstoßen. Zwar hat Marković angekündigt, das umstrittene Gesetz zunächst nicht umzusetzen, dennoch werden die Demonstrationen fortgesetzt und es ist nicht auszuschließen, dass die DPS die aktuelle Situation nutzen wird, um gegen die Proteste vorzugehen.

### **Weiterführende Literatur**

Julian Bergmann: *The European Union as International Mediator Brokering Stability and Peace in the Neighbourhood*, Cham 2020, hier S. 53-107.

Olivera Komar: *The elephant in the room: illiberal politics in Montenegro*, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 1/ 2020: *Illiberal politics in Southeast Europe*, S. 61-80.

IDM on Site: *Panel discussion: Parliamentary elections in Montenegro*, abrufbar unter: <http://www.idm.at/veranstaltungen/veranstaltungsarchiv/veranstaltungsarchiv-2020/item/parliamentary-elections-in-montenegro-panel-discussion> (letzter Zugriff: 20.10.2020).